

Antrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Marc Bernhard, René Bochmann, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Wettbewerbsfähigkeit der wehrtechnischen Industrie stärken – Aufbau von Produktionskapazitäten ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Bei der Bundeswehr besteht ein derart gravierender Munitionsmangel, dass sie weder einsatzbereit ist noch ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen kann.
 2. Durch die Bundesregierung verschuldete Planungsunsicherheit und Blockaden in den Ländern und Kommunen hindern die deutsche wehrtechnische Industrie daran, den vorhandenen Munitionsmangel durch den Aufbau von zusätzlichen Produktionskapazitäten zu beseitigen.
 3. Langwierige und unnötige Ausfuhrkontrollen der Bundesregierung benachteiligen die wehrtechnische Industrie im internationalen Wettbewerb gegenüber ausländischen Konkurrenten und verhindern den Aufbau zusätzlicher Produktionskapazitäten in Deutschland.
 4. Kooperationsverbote zwischen Hochschulen und wehrtechnischer Industrie behindern die Innovations- und internationale Wettbewerbsfähigkeit der wehrtechnischen Industrie in Deutschland und bremsen indirekt den zusätzlichen Ausbau von Produktionskapazitäten aus.
 5. Der Aufbau von Produktionskapazitäten der wehrtechnischen Industrie in Deutschland schafft zusätzliche Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze in Deutschland, erhöht hierdurch den Rückfluss der Rüstungsausgaben und erhöht über Rückkopplungseffekte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der wehrtechnischen Industrie.
 6. Eine wettbewerbsfähige und innovative wehrtechnische Industrie in Deutschland trägt zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen, der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und damit letztlich auch zum Erhalt des Friedens bei.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 1. Planungssicherheit für die Erweiterung der Produktionskapazitäten der deutschen wehrtechnischen Industrie zu schaffen, indem verbindliche und langfristige

- Lieferverträge abgeschlossen werden, um die vollständige materielle Einsatzbereitschaft für alle Verbände der Bundeswehr herzustellen, damit sie ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen kann, und um Wertschöpfung, Arbeitsplätze und kritische Technologie in Deutschland zu bewahren und auszubauen sowie um den Rückfluss von deutschen Rüstungsausgaben in nationale öffentliche Haushalte zu erhöhen;
2. langfristige Lieferverträge mit der wehrtechnischen Industrie im Rahmen eines zu erstellenden und jährlich fortzuschreibenden langfristigen und ganzheitlichen Gesamtbeschaffungsplan abzuschließen;
 3. die Genehmigungsverfahren des BAFA zu straffen sowie zu beschleunigen, indem auf Rüstungsexportrestriktionen verzichtet wird, die über die gemeinsamen Regeln für die Kontrolle und Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP) und der Dual-Use-VO der EU hinausgehen, um Unternehmen der deutschen wehrtechnischen Industrie zukünftig nicht mehr gegenüber den Unternehmen anderer EU-Staaten zu benachteiligen und so die sogenannte „German-Free“-Problematik wirksam zu adressieren;
 4. zusammen mit den Ländern auf die Abschaffung von Kooperationsverboten zwischen Hochschulen und wehrtechnischer Industrie (sogenannte „Zivilklauseln“) hinzuwirken, um die Innovationsfähigkeit der wehrtechnischen Industrie zu stärken.

Berlin, den 13. März 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Vorgaben der Nato zum Vorhalten von Munition sehen vor, „dass die Bundeswehr bis zum Jahr 2031 ausreichend Artilleriemunition vorhalten muss, um 30 Tage in einem intensiven Gefecht bestehen zu können“.¹ Laut interner Papiere betrug beispielsweise der Bestand an Sprenggeschossen im Kaliber 155 Millimeter im März 2023 nicht einmal zehn Prozent des vorzuhaltenden Bestands.² Die Bundeswehr könnte hiermit also nicht einmal ein dreitägiges, intensives Gefecht führen. Der Munitionsmangel bei der Bundeswehr verhindert somit die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sowie die Erfüllung von internationalen Verpflichtungen.

Die deutsche wehrtechnische Industrie kann und will den Munitionsmangel der Bundeswehr beseitigen und die erforderlichen Produktionskapazitäten aufbauen. Allerdings wird sie vom Staat auf allen Ebenen hieran gehindert. Ende des Jahres 2023 scheiterte die geplante Verdreifachung der Produktionskapazitäten einer Pulverfabrik in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel auf kommunaler Ebene, weil der örtliche Stadtrat unter anderem der Nutzung von Flächen für Unternehmensgründungen Vorrang eingeräumt hat.³ Zusätzliche Wertschöpfung, das Entstehen von Arbeitsplätzen sowie der Beitrag zur Einsatzfähigkeit der Bundeswehr durch erweiterte Produktionskapazitäten einer Pulverfabrik wurden in diesem Fall nachrangig gegenüber der Schaffung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen durch erhoffte, unbestimmte Unternehmensgründungen eingestuft. Übergeordnete nationale Interessen wie die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wurden nicht berücksichtigt. Die Landes- und die Bundesregierung blieben untätig, statt das Vorhaben im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten zu unterstützen und bspw. eigene, staatliche Flächen zur Verfügung zu stellen und die Umsiedlung an einen neuen Standort zu unterstützen. Der geplante Neubau einer Pulverfabrik eines anderen wehrtechnischen Unternehmens in Sachsen scheiterte im

¹ www.berliner-zeitung.de/news/munitionsmangel-bei-der-bundeswehr-neue-vertraege-mit-ruestungsindustrie-anvisiert-li.363155

² ebd.

³ www.nzz.ch/international/nein-zu-munitionsfabriken-in-der-provinz-deutschland-unfaehig-zur-zeitenwende-ld.1768786

Sommer 2023 aus ähnlichen Gründen. Stattdessen sucht das wehrtechnische Unternehmen nun im Ausland nach Standorten für den Neubau – oder plant diese schon, wie im Falle einer neuen Munitionsfabrik desselben wehrtechnischen Unternehmens, in Ungarn.⁴

Neben der Blockade in den Kommunen und Ländern scheitert der Auf- und Ausbau heimischer wehrtechnischer Produktionskapazitäten, die dazu beitragen könnten, die Bundeswehr einsatzfähig zu machen, an fehlender Planungssicherheit durch unverbindliche Abnahmezusagen des Verteidigungsministeriums. Gleichzeitig wirft das Verteidigungsministerium der wehrtechnischen Industrie öffentlich vor, seine Produktionskapazitäten nicht schnell genug hochzufahren.⁵

Statt absurde Vorwürfe gegen die wehrtechnische Industrie zu erheben, gilt es auf Bundesebene die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für diese Industrie in Deutschland zu verbessern. Hierzu gehört auch Planungssicherheit, um den Aufbau von Produktionskapazitäten zur Herstellung von Waffen, Munition, Explosivstoffen und Pulver zu ermöglichen. Wirtschafts- und sicherheitspolitische Ziele müssen sein, die volle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, sowie Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Technologie der kritischen wehrtechnischen Industrie nicht nur in Deutschland zu bewahren, sondern auszubauen.

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage geht hervor, dass sie nicht plant, Verträge mit der wehrtechnischen Industrie einzugehen, die langfristige Fertigungskapazitäten für Munition garantieren. Grund dafür ist laut Verteidigungsministerium, dass sich auch die wehrtechnische Industrie an Marktperspektiven und Renditeerwartungen orientiert und sich ihre Produktionskapazitäten demzufolge nach konkreten Aufträgen und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Aufträgen richten.⁶ Die Bundesregierung erkennt hierbei, dass es sich bei Munition nicht um ein gewöhnliches marktgängiges Produkt handelt, sondern um ein Produkt, das fast ausnahmslos von Staaten erworben wird bzw. dass die Marktstruktur eines Rüstungsguts der eines Nachfragemonopols entspricht. Die Bundesregierung hat also die Aufgabe, die Wahrscheinlichkeit für zu erwartende Aufträge zu erhöhen. Zudem existiert kein freier Markt für Rüstungsgüter, da der Export dieser gesondert kontrolliert wird und gerade die aktuelle Bundesregierung die Ausfuhr von Rüstungsgütern besonders restriktiv handhabt.⁷

Die Bundesregierung ist gut beraten, bei der Beschaffung von Munition auf eine rationale, industrielle Massenfertigung zu setzen, um die Realisierung von Skaleneffekten in der wehrtechnischen Industrie zu unterstützen, denn sinkende Kosten erhöhen die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Munition. Steigende Exportumsätze und Reinvestitionen der erzielten Gewinne in die Schaffung weiterer Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten realisieren nicht nur weitere Skaleneffekte, sondern erhöhen auch den Rückfluss der deutschen Rüstungsausgaben in öffentliche Haushalte und Sozialversicherungen.

Dies geschieht weder, wenn die neuen Produktionskapazitäten im Ausland aufgebaut werden, wie in Sachsen geschehen, noch bei unnötigen und verzögerten Exportkontrollen durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministers. Laut wehrtechnischer Industrie dauern die Ausfuhrkontrollen seit Amtsantritt des Bundeswirtschaftsministers länger.⁸ Konsequenz ist, dass ausländische Käufer aktiv deutsche Rüstungsgüter und „Dual-Use“-Güter, auch in Rüstungsgütern befreundeter Staaten, immer stärker meiden, um unbehelligt vom langsamen Entscheidungsprozess deutscher Behörden bzw. des BAFA zu bleiben („German Free“-Problematik).

Nicht nur lange Ausfuhrkontrollen schränken die Wettbewerbsfähigkeit der wehrtechnischen Industrie ein. Die Innovationskraft der Industrie wird durch allzu kategorisch gefasste Zivilklauseln in den Hochschulgesetzen einiger Bundesländer eingeschränkt.⁹ Hochschulen zu verpflichten, nicht mit der wehrtechnischen Industrie zu kooperieren, widerspricht daneben der Freiheit der Wissenschaft und folgt aus einem naiven Menschenbild bzw. aus dem Unverständnis des lateinischen Sprichworts „Si vis pacem para bellum.“ („Wenn du (den) Frieden willst, bereite (den) Krieg vor.“).

⁴ ebd.

⁵ ebd.

⁶ www.nzz.ch/international/bundeswehr-dramatischer-munitionsmangel-es-wird-noch-schlimmer-ld.1737185

⁷ www.welt.de/wirtschaft/plus249244574/Ruestung-Warum-Made-in-Germany-plotzlich-zum-Problem-wird.html

⁸ ebd.

⁹ www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/sollten-unis-mit-ruestungskonzernen-kooperieren-18779548.html

